

Hallische Jahrbücher #2



Wir danken dem AJC Berlin Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations für die freundliche Unterstützung dieser Publikation.

Herausgeber und Verlag haben sich bemüht, alle Rechteinhaber zu ermitteln. Dies ist nicht in allen Fällen gelungen, wir bitten um Mitteilung.

Edition

TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

1. Auflage: Berlin 2024

© dieser Ausgabe: Verlag Klaus Bittermann

www.edition-tiamat.de

Lektorat: Dominic Bowles, Jan Langehein, Magnus Klaue, Lukas Sarvari, Peter Siemionek, Anja Worm

Satz und Layout: Florian Diesing

Titelbild: www.instagram.com/meta_thesis/

ISBN: 978-3-89320-319-2

Hallische Jahrbücher #2

Herausgegeben von Christoph Beyer,
Jan Gerber, Angela Martini, Peter Siemionek,
Anne Weidermann, Anja Worm

Schwerpunkte:

Das Zeitalter des Populismus

Nach dem 7. Oktober



Critica
Diabolis
331

Edition
TIAMAT

Hallische Jahrbücher – so hieß eine Zeitschrift, die Marx' zeitweiliger Kompagnon Arnold Ruge 1838–1841 in Halle herausgab. Sie verband Politik mit Feuilleton, Wissenschaft mit Literatur, Reflexion mit Unterhaltung.

Der Dreh- und Angelpunkt des Unternehmens war der Begriff der Kritik. Ist das Falsche erst einmal »bestimmt erkannt und präzisiert«, so fasste Adorno diese Tradition später zusammen, »ist es bereits Index des Richtigen, Besseren«. An diese Überzeugungen versuchen die neuen *Hallischen Jahrbücher* anzuknüpfen, um einen kleinen Beitrag zur Stärkung historischen Bewusstseins und politischer Unterscheidungsfähigkeit zu leisten.

INHALT

Statt eines Vorworts. Geleitwort des American Jewish Committee Berlin	9
Längeres	
<i>Florian Bielefeldt: I don't like it (Tusche auf Papier)</i>	16
<i>Jan Gerber: Das Zeitalter des Populismus.</i>	
Zur Vorgeschichte der Gegenwart	
1. Einleitung	17
2. Populismus und Faschismus	24
3. Donald Trump und der amerikanische Traum	33
4. Hartz IV und das Ende des Sozialstaats	54
5. Polen und die Rückkehr der Zwischenlage	75
6. Populismus und Produktion	94
7. Schluss	113
Kürzeres	
<i>Florian Bielefeldt: Aussicht (Acryl auf Papier)</i>	118
<i>Sonia Tia: Bearing Witness.</i>	
Eine Collage zum 7. Oktober	119
<i>Björn Stritzel: Der verzögerte Krieg.</i>	
Israels Kampf im zerfallenden Nahen Osten	141
<i>Karsten Ulbricht und Anja Worm im Gespräch mit Max Privorozki: »Die antisemitische Welle ist gewaltig und findet kein Ende.« Die Jüdische Gemeinde Halle nach dem 7. Oktober</i>	156
<i>Klaus Bittermann: Kulturelle Identität und Antisemitismus. Verstreute Anmerkungen anlässlich des 7. Oktobers</i>	166
<i>Lukas Sarvari: Das Ende der Intellektuellen.</i>	
Zum Revival des offenen Briefs	179
<i>Robert Zwarg: Smalltalk oder Die anfänglich leeren Zeichen. Rettung einer verachteten Form</i>	192

<i>Hannes Giessler Furlan im Gespräch mit Christoph Türcke:</i>	
Der Machbarkeitswahn. Zur Inflation des Rassismus	203
<i>Samuel Salzborn: Ein bisschen Frieden?</i>	
Zur Kritik moralischer Friedensrhetorik	221
<i>Brett Winestock: Hauptstadt der jüdischen Moderne.</i>	
Kiew 1917/18	238
 Schöneres	
<i>Florian Bielefeldt: Face in a Jar (Tusche auf Papier)</i>	260
<i>Dovid Hofsteyn: Stadt</i>	261
<i>Lejb Kwitko: Im roten Sturm</i>	264
<i>Perez Markisch: Stadt</i>	274
<i>Katta: Jin Jiyan Azadi (Stift/Tusche auf Papier)</i>	281
<i>Clemens Nachtmann: Verführung zum Denken.</i>	
Über die Unwiderstehlichkeit des Modernen	282
<i>Ivo Ritzer: The Director's Director.</i>	
Der moderne Traditionalismus des Walter Hill	292
<i>Katta: Rollstuhltraum</i>	
(Stift/Aquarellfarbe auf Karton)	302
<i>Valea Gheorghiu: Abschied</i>	303
<i>Clemens Schittko: (Auch eine Art von) Berlin-Gedicht</i>	307
<i>Josefine Rieks: 1981</i>	308
<i>Clemens Schittko: Im Untergrund</i>	312
<i>Katta: Work Life Balance</i>	
(Stift/Aquarellfarbe auf Karton)	314
<i>Jens Rachut: Verlass mich endlich</i>	315
<i>Clemens Schittko: Der Wind der Wind</i>	318
<i>Funny van Dennen: Der letzte Wille</i>	320
 Älteres	
<i>Florian Bielefeldt: Father's Room (Acryl auf Papier)</i>	324
<i>Alex Carstiu: Als der Holocaust noch keinen Namen</i>	
hatte. Einleitung zum Gespräch mit Léon Poliakov	325
<i>Georges Elia Sarfati im Gespräch mit Léon Poliakov:</i>	
»Der Begriff Antisemitismus wurde einfach durch	
Antizionismus ersetzt«. Zur Transformation der	
Judenfeindschaft	335

Übersetztes

<i>Florian Bielefeldt: Duck Hunting (Tusche auf Papier)</i>	354
<i>Uli Krug: Nichts hören, nichts sehen, nichts denken.</i>	
Einleitung zum Text Greg Lukianoffs und Jonathan Haidts	355
<i>Greg Lukianoff/Jonathan Haidt: Erziehung zur Unmündigkeit. Wie Trigger-Warnungen die psychische Gesundheit auf dem Campus schädigen</i>	361
<i>Jana Przymanowski: Das Einfache, das schwer zu machen ist. Einleitung zum Text Richard Goldbergs</i>	383
<i>Richard Goldberg: Nach der Zerschlagung der Hamas: Fünf Dinge, die in Gaza nicht passieren dürfen</i>	386
Beteiligte	397

STATT EINES VORWORTS
GELEITWORT DES AMERICAN JEWISH COMMITTEE BERLIN

Die Gegenwart ist eine Zeit der Umbrüche. Der Aufstieg des Populismus, dem der Schwerpunkt dieser Ausgabe der *Hallischen Jahrbücher* gewidmet ist, ist Ausdruck und Resultat gravierender politischer, ökonomischer und sozialer Veränderungen. Er ist, wie gezeigt wird, zugleich der Katalysator einer tiefgreifenden Transformation der westlichen Parteien-systeme. Das Ausmaß und die Folgen dieser Umbrüche sind bislang noch kaum zu fassen.

Zugleich ist die Gegenwart eine Zeit der Katastrophen. Dafür stehen auch der russische Überfall auf die Ukraine und der palästinensische Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023. Diesem größten antisemitischen Massaker seit dem Holocaust und seinen Folgen ist der zweite Schwerpunkt dieser Ausgabe der *Hallischen Jahrbücher* gewidmet. Die Folgen für Israel und Juden in der Diaspora lassen sich auch ein Jahr danach noch nicht vollständig erfassen.

Seit dem 7. Oktober wird der jüdische Staat nicht nur an mehreren Fronten von den Proxies des Iran angegriffen, im April wurde er auch erstmals direkt durch das Mullahregime attackiert. Jenes Regime, das nach wie vor ohne Unterlass daran arbeitet, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen.

Ebenso sieht sich Israel unablässigen politischen und diplomatischen Angriffen der sogenannten Weltgemeinschaft ausgesetzt. So hat der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) einen Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und gegen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen angeblicher Kriegsverbrechen beantragt. Selbstredend sind die Anschuldigungen Lügen. Dennoch wären die Konsequenzen dramatisch, wenn es gelingen sollte, beim ICC, dem jede juristische Legitimation fehlt, gegen israelische Offizielle zu ermitteln und Haftbefehle zu erwirken. In diesem Fall dürften fortan alle zukünftigen israelischen Premierminister und Kabinettsmitglieder mit

Strafverfolgung zu rechnen haben, wenn sie militärische Maßnahmen zum Überleben des jüdischen Staates ergreifen müssen.

Und schon jetzt richtet allein die Beantragung des Haftbefehls immensen politischen Schaden an, da sie den antisemitischen Lügen über das Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen palästinensische Terroristen den Anschein von Glaubwürdigkeit verschafft. Der mittlerweile gängige Vorwurf des »Genozids« beruht wesentlich auf Erfindungen, verzerrten und entstellten Darstellungen notorisch anti-israelischer Institutionen, insbesondere der UN und ihrer unzähligen Organe.

Die bizarre Obsession dieser multilateralen Organisationen ist aber auch deswegen ein immenses Problem, weil es nicht nur Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit des jüdischen Staates hat, sondern ebenso dramatische Konsequenzen für die jüdischen Gemeinschaften außerhalb Israels. Sie sehen sich seit dem 7. Oktober ohne Unterlass antisemitischen Angriffen ausgesetzt; ihr Alltag ist seither noch unsicherer geworden als bisher.

Der antisemitische Hass, der Juden insbesondere an den Hochschulen entgegenschlägt, wo sich Linke und Islamisten mit Teilen des Lehrkörpers zu einem Bündnis in offener Solidarität mit den Mörderbanden der Hamas und des Islamischen Dschihad zusammengeschlossen haben, hat ein Ausmaß erreicht, dass sich jüdische Studenten im Jahr 2024 in nicht unerheblicher Zahl nicht mehr dazu in der Lage sehen, zu studieren, weil sie um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen. Dies auch deswegen, weil, wie in Berlin, hunderte Dozenten und Professoren ihren antisemitischen Studenten den Rücken gestärkt und Universitätsleitungen dazu aufgefordert haben, von einer Strafverfolgung abzusehen. Statt diesem Treiben endlich entschieden entgegenzutreten, setzen die Universitätsleitungen im Sound deutscher Außenpolitik auf Dialog und Appeasement. Vollkommen überraschend sind diese Entwicklungen jedoch nicht, sondern sie sind das fast schon logische Ergebnis des Siegeszugs postkolonialer Ideologie. Dieses Welterklärungsmodell, dessen Kritik die erste Ausgabe der *Hallischen Jahrbücher* gewidmet war, hat in den vergangenen Jahrzehnten der »Niederlage des Denkens« (Alain Finkielkraut) den Boden bereitet.

Fast schon überflüssig zu erwähnen ist, dass bestimmte Stadtteile in deutschen Großstädten, wo die antisemitische Barbarei des 7. Oktober von den Fans der Hamas, des Islamschen Dschihads und der Hisbollah mit dem Verteilen von Süßigkeiten gefeiert wurde, mehr noch als vorher No-Go-Areas für Juden sind. Statt dieser Realität antisemitischer Gegengesellschaften jedoch endlich den Kampf anzusagen, sind es die üblichen Verdächtigen aus Medien und »Zivilgesellschaft«, die insbesondere vor Gefahren der sogenannten Islamophobie und vor Verallgemeinerungen warnen, während muslimische Organisationen in den meisten Fällen vor allem durch ihr eisernes Schweigen auffallen und wenig bis nichts dazu beitragen, die Situation zu beruhigen.

Viele dieser Dimensionen des 7. Oktobers und seiner Folgen werden in den Beiträgen dieser Ausgabe der *Hallischen Jahrbücher* thematisiert. Mit den unmittelbaren Hintergründen der Attacke setzt sich Sonia Tias Collage *Bearing Witness* auseinander. Dort zeigt die Autorin, dass der Terrorangriff nicht, wie schon bald in den sozialen Medien, in Nachrichtensendungen und an den Universitäten behauptet wurde, auf die israelische Politik oder die soziale Lage in Gaza zurückgeht, sondern seinen tieferen Grund vielmehr im Antisemitismus und in einem eng damit verbundenen Vernichtungsdrang hat.

Daran anschließend setzt Björn Stritzel das Massaker vom 7. Oktober ins Verhältnis zum letzten Großangriff auf Israel, dem Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973. Dabei arbeitet er vor allem die Unterschiede heraus: Stand Israel seinerzeit in einer fast traditionalistisch anmutenden Kriegskonstellation halbwegs funktionstüchtigen Staaten und ihren Streitkräften gegenüber, sieht es sich inzwischen mit *failed states* und konkurrierenden Terrormilizen konfrontiert, die durch kaum mehr als durch ihren Hass auf Israel vereint werden. Über allem schwebt der unausgesprochene Krieg mit dem Iran, einem der größten Finanziers des Terrors. Wurde dieser Krieg mit dem Mullahregime bisher vor allem als Stellvertreterkrieg geführt, lässt der iranische Raketen- und Drohnenangriff auf Israel am 14. April 2024 befürchten, dass die direkten Konfrontationen häufiger werden. Die antiisraelischen Stimmungen im Westen dürften ebenfalls dazu beitragen, dass sich der Iran zu direkten Schlägen legitimiert glaubt und noch weniger vor unmittelbaren Aggressionen zurückschreckt als bislang.

Die Auswirkungen des 7. Oktober auf die Jüdischen Gemeinden in Deutschland werden in dem Gespräch thematisiert, das Anja Worm und Karsten Ulbricht mit Max Privorozki, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Halle, führten. Privorozki berichtet über die fehlende Empathie von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite sowie über die exorbitante Zunahme von Drohbriefen, die die Gemeinde seit dem 7. Oktober erhält. Der Terrorangriff hat weltweit eine bisher kaum vorstellbare Zunahme des Antisemitismus nach sich gezogen.

Darum kreisen auch die Texte von Klaus Bittermann und Lukas Sarvari. Klaus Bittermann setzt sich angesichts der Reaktionen des Kulturbetriebs auf den 7. Oktober mit dem Zusammenhang von Kultur und Antisemitismus auseinander, Lukas Sarvari fragt vor dem Hintergrund der damit verbundenen Flut offener Briefe nach den Ursachen und Hintergründen des Revivals dieses Mediums, das aus dem 19. Jahrhundert stammt und seine letzte Hochphase in den 1970er und 1980er Jahren erlebte.

Mit der deutschen Erstveröffentlichung eines Gespräches, das Georges Elia Sarfati kurz vor dem Fall der Berliner Mauer mit dem Antisemitismusforscher Léon Poliakov führte, wird der Auseinandersetzung mit dem 7. Oktober eine weitere historische Dimension hinzugefügt. Poliakov, der mit *Vom Hass zum Genozid* (frz. Erstausgabe 1951) eine der frühesten Studien über den Holocaust und mit *Vom Antizionismus zum Antisemitismus* (frz. Erstausgabe 1969) eine der ersten Arbeiten über den Antizionismus vorlegte, betont darin, dass der Begriff Antisemitismus, der aufgrund des Holocaust öffentlich diskreditiert war, vielfach »einfach durch Antizionismus ersetzt« wurde. Zugleich nimmt er die Allianz zwischen einem linken, damals zumeist noch sowjetmarxistisch geprägten Antisemitismus und radikalen islamischen Vorstellungen vorweg, die in Frankreich seit einigen Jahren als Islamo-Gauchisme bezeichnet wird.

Der Aufsatz *Erziehung zur Unmündigkeit* von Greg Lukianoff und Jonathan Haidt kreist nicht unmittelbar um den 7. Oktober, sondern ist vielmehr der Entstehung einer neuen amerikanischen Campuskultur um 2015 gewidmet, die es inzwischen auch in Europa gibt. Sie ist darauf ausgerichtet, die Hochschulen mithilfe von Triggerwarnungen und Redeverboten

»von Worten, Ideen und Themen zu säubern, die Unbehagen bereiten oder Anstoß erregen könnten«, wie es bei Lukianoff und Haidt heißt. Damit zielt der Text gleichwohl auf die Vorgeschichte der akademischen Reaktionen auf den 7. Oktober. Die »diffuse Bewegung«, von der die beiden Autoren mit Blick auf 2015 noch sprechen, hat sich längst vereindeutigt. Sie gehört, wie Uli Krug in seiner Einleitung zu ihrem Text deutlich macht, zum Humus jener antisemitischen Campus-Proteste nach dem 7. Oktober, die zahlreiche amerikanische Universitäten zu einem unischeren Ort für jüdische Studenten werden ließen.

In der Rubrik »Übersetztes« fragt Richard Goldberg von der Foundation for the Defense of Democracies abschließend nach den Bedingungen dafür, dass sich ein Massaker wie am 7. Oktober nicht wiederholen kann: Sein Essay *Nach der Zerschlagung der Hamas: Fünf Dinge, die in Gaza nicht passieren dürfen* (im Original: *After Hamas Is Destroyed, Here Are the Five Things That Must Not Happen in Gaza*) erschien in der Januarausgabe des traditionsreichen *Commentary*-Magazins. Obwohl seitdem nur wenige Monate vergangen sind, erscheint eine Reihe dieser Forderungen angesichts der Weltlage schon heute als geradezu utopisch, wie Jana Przymanowski in ihrer Einleitung zu Goldbergs Text betont. Der Schock, der zumindest aus einigen der ersten Reaktionen auf den 7. Oktober sprach, hat sich inzwischen wieder in *business as usual* verwandelt; nicht selten ist er in offene Aggressionen gegen Israel umgeschlagen. Täter und Opfer werden verkehrt. Auch deshalb ist von immenser Bedeutung, was sich die *Hallischen Jahrbücher* seit ihrer ersten Ausgabe auf die Fahnen geschrieben haben: Es geht um die Stärkung von Urteilskraft und historisch-politischer Unterscheidungsfähigkeit – und damit auch: um die Bekämpfung des Antisemitismus.

Berlin, im Juli 2024

*Dr. Remko Leemhuis, Director, American Jewish
Committee, Lawrence & Lee Ramer Institute
for German Jewish Relations, Berlin.*

LÄNGERES



I THINK
I DON'T LIKE IT

Florian Bielefeldt

I don't like it

2020

Tusche auf Papier

29,7 x 42 cm

DAS ZEITALTER DES POPULISMUS
ZUR VORGESCHICHTE DER GEGENWART

Von Jan Gerber

1. Einleitung

Es herrscht Ratlosigkeit.¹ Immer dann, wenn die Alternative für Deutschland (AfD) wieder im zweistelligen Bereich in ein deutsches Parlament einzieht, werden dieselben historischen Bilder bemüht. Wie schon nach dem ersten Wahlsieg Donald Trumps 2016, dem Brexit oder Geert Wilders' Erfolgen in den Niederlanden sehen sich die politischen Kommentatoren an den Aufstieg des Faschismus erinnert. Mussolinis Marsch auf Rom wird ebenso beschworen wie die Machtübertragung auf Hitler. Der Chef eines großen Umfrageinstituts warnt vor »Weimarer Verhältnissen«, der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) spricht von der »Rückkehr des Faschismus«.²

Auch anderswo ist von einer Wiederkehr der Vergangenheit die Rede. Madeleine Albright, unter Bill Clinton Außenministerin der Vereinigten Staaten, schreibt in ihrem letzten Buch, dass der Faschismus wieder »in Mode gekommen« sei. Er niste sich »wie eine Schlingpflanze in den gesellschaftlichen

- 1 Vorarbeiten zu diesem Essay sowie frühere Versionen einzelner Kapitel oder Passagen erschienen in *Bahamas, Jungle World, Neue Zürcher Zeitung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sowie in den beiden Sammelbänden: Katrin Henkelmann u.a. (Hgg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin 2020 und Robert Zwarg/Sebastian Tränkle (Hgg.): Widerhall. Die Dialektik der Aufklärung in Amerika, Göttingen 2023. Einige Teile gehen zudem auf Vorträge zurück, die der Autor an der Humboldt-Universität Berlin, der Universität Halle und bei einer Sommerakademie der Linksjugend Sachsen-Anhalt gehalten hat.
- 2 Vgl. AfD verliert in Umfrage leicht, in: Tagesspiegel vom 23. Januar 2024; Christian Wulff: Appell gegen die Rückkehr des Faschismus (Rede, 20. Januar 2024 in Hannover), URL: praeventionstag.de, zuletzt aufgerufen am 28. Juli 2024.

und politischen Diskurs« ein.³ Der italienische Schriftsteller Roberto Saviano sieht es ähnlich. Er behauptet in seinem Vorwort zu Umberto Ecos vor einigen Jahren wiederentdecktem Essay *Il facismo eterno* (»Der ewige Faschismus«), dass es ein »riesiger Fehler« gewesen sei, Faschismus als »ausschließlich historisches Phänomen« zu betrachten⁴ – so, als hätte die Rede von den Lehren aus der Geschichte nach 1945 nicht auch in Italien zum guten Ton gehört. Die Nachfolgeorganisation der faschistischen Partei Mussolinis wurde in Rom durchgängig von der Macht ausgeschlossen.

Die Warnungen vor einer Rückkehr der Vergangenheit werden regelmäßig mit politischen Handlungsanleitungen verbunden. Mal wird an das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Wähler appelliert, mal an ihre Denkfähigkeit. Der Populismus, so heißt es zum Beispiel bei Saviano, sei eine »Verschwörung von Hohlköpfen«, die mit der »Macht der Intelligenz« demontiert werden könne.⁵ Das klingt lustig, ist aber ebenfalls nicht besonders klug. Der Schriftsteller ignoriert, dass der von ihm bemühte Faschismus gar nicht auf mangelndes Wissen zurückgeht. Er ist weder ein Bildungs- noch ein Intelligenzproblem: Der italienische Faschismus erlebte seine Latenzphase nicht in bildungsfernen Kreisen, sondern im Intellektuellen- und Künstlermilieu um Filippo Marinetti, Gabriele D'Annunzio oder Paolo Orano. Die Nazis hatten an den Universitäten längst Mehrheiten, als in den Arbeitervierteln noch KPD und SPD den Ton angaben.

Die Ratschläge für den Kampf gegen den Populismus beschränken sich aber nicht nur auf Appelle an das politische Verantwortungsgefühl oder den Intellekt. Sie reichen vom Eintritt in eine der traditionellen Parteien über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bis hin zu Wahlempfehlungen. Manchmal wird sogar geraten, aufs Autofahren und Fliegen zu verzichten:⁶ Ein umweltfreundliches Leben erscheint als wirksames Mittel gegen den Populismus,

3 Madeleine Albright: Faschismus. Eine Warnung, Köln 2018, S. 16.

4 Roberto Saviano: Vorwort, in: Umberto Eco: Der ewige Faschismus, München 2020, S. 9.

5 Ebd., S. 14.

6 Exemplarisch Eva Horn: AfD im Bundestag: 8 Dinge, die du jetzt tun kannst, in: Bento vom 25. September 2017.

weil alle Übel der Welt als faschistisch missverstanden werden. Die politischen Begriffe verfallen.

Aber auch einige der weniger skurrilen Vorschläge befremden. So sind zum Beispiel Wahlempfehlungen für eine der traditionellen Parteien nur dann sinnvolle Waffen im Kampf gegen den »neuen Faschismus«, wenn dieser Faschismus vergleichsweise harmlos daherkommt. Denn auch wenn die Nazis aus den Reichstagswahlen von 1932 und 1933 als Sieger hervorgingen, konnten sie ihre Macht nur durch ein Bündnis mit den alten Eliten und den Terror auf der Straße festigen. Die italienischen Faschisten erhielten bei freien Wahlen gar nicht erst die Mehrheit. Sie setzten den italienischen König Viktor Emanuel III. mit dem Marsch auf Rom in einer heiklen politischen Situation unter Druck.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Tatsächlich ist zur Zeit eine der bedeutendsten Veränderungen der politischen Kultur seit 1945 zu beobachten. Selbst Heinrich August Winkler, der große Historiker der Westernisierung, der die Entwicklung Europas stets mit einem zurückhaltenden Optimismus kommentierte, spricht längst von einer politischen und kulturellen Krise.⁷

Dafür gibt es gute Gründe: Großbritannien, das seit den Siebzigern zu den tragenden Säulen der Europäischen Union (EU) gehörte, hat den Staatenbund verlassen und wird auch nach dem Labour-Wahlsieg vom Juli 2024 nicht zurückkehren, die Zahl derjenigen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, steigt.⁸ Die Kluft zwischen Europa und Amerika vertieft sich. Auch das Parteiensystem verändert sich. Inzwischen gibt es in Europa kaum noch eine traditionelle Partei, die unbeschwert in die Zukunft sehen kann: Die SPD steht ebenso regelmäßig vor dem Kollaps wie die österreichische Sozialdemokratie,

7 Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens, Bd. 4, München 2016, S. 610 ff.; ders.: Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München 2017.

8 Bertelsmann-Stiftung: Schwindendes Vertrauen in Demokratie und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh 2019.

der irische Konservatismus oder die flämische Christdemokratie.⁹ Darüber hinaus gibt es in fast allen westlichen Staaten populistische Bewegungen und Parteien. Sie fordern das alte Parteiensystem heraus, zum Teil stellen sie es infrage. Nicht nur deshalb wird der politische Ton schärfer, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nehmen zu.

Diese Umbrüche lassen sich jedoch nicht mithilfe der Faschismusbegriffe der Vergangenheit verstehen. Das gilt sowohl für die sozioökonomischen Theorien der alten Arbeiterbewegung als auch für die liberalen, konservativen und sozialpsychologischen Erklärungsversuche. Sicherlich wirken Traditionen, alte Feindschaften und frühere Spannungen fort. Bisweilen gehen sie in neue Konflikte ein und prägen sie. Auch deshalb erinnern einige Auseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts an die Konfliktlagen des 19. Jahrhunderts. In anderen klingen die Nationalitätenkämpfe der Zwischenkriegszeit an. Sie schienen während des Kalten Kriegs stillgelegt zu sein, nach 1989/90 lebten sie wieder auf.

Aber auch mit ihnen kehrt nicht einfach die Vergangenheit zurück. Die Vorstellung einer Wiederholung von Geschichte, die durch die politischen Kommentare geistert, ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Hegels berühmte Bemerkung, dass sich alle großen Ereignisse der Weltgeschichte zwei Mal ereignen,¹⁰ entstammt dem Glauben an einen Sinn der Geschichte: Weil sich die Vernunft in der Geschichte nur schrittweise durchsetze, so das Argument, sei eine Wiederholung nötig. Nur so könnten die Menschen die stetige Aufwärtsbewegung zur Freiheit erkennen, verstehen und als notwendig begreifen.¹¹

Dieser Glaube an einen Zusammenhang von Vernunft und Geschichte wurde spätestens in den Schützengräben, die Europa zwischen 1914 und 1918 durchzogen, auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs und in den deutschen

9 Zur Krise der Christdemokratie vgl. Karsten Grabow: *In Descent? Status and Perspectives of Europe's Christian Democratic Parties* (Konrad Adenauer Stiftung, Facts and Findings No. 353), Berlin 2019. Zur Krise der Sozialdemokratie vgl. etwa den Schwerpunkt »Europäische Sozialdemokratie« in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 221 (2017).

10 G.W.F. Hegel: *Werke*, Bd. 18, Frankfurt am Main 1986, S. 379 ff.

11 Ebd.; Birte Löschenkohl: *Freiheit und Wiederholung. Politisches Handeln ohne Zukunft*, Leiden u.a. 2018, S. 40 ff.

Vernichtungslagern dementiert. Warum das Gemetzel an der Somme, die Belagerung Leningrads, Auschwitz und Babi Jar notwendige Voraussetzungen für eine bessere Gesellschaft sein sollen, wie es sich für die Brutalitäten der Französischen Revolution möglicherweise noch behaupten ließ, ist mit den Mitteln der Vernunft nicht zu erklären.

Die Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen, mit anderen Worten, nicht für die Wiederkehr der Geschichte. Sie zeigen vielmehr, dass die Gegenwart nicht ohne die Vergangenheit zu haben ist. Wesentlich stärker als »die Geschichte« wiederholt sich jedenfalls der Drang, sich die unbegriffene Gegenwart unter Rückgriff auf die Kategorien der Vergangenheit zurechtzulegen.

Wer diesem Drang nachgibt, handelt ahistorisch. Denn die Geschichte eignet sich nicht als Lieferantin für Schablonen, in die man die Gegenwart hineinpresst. Sie taugt erst recht nicht als Kaffeesatz für die Vorhersage der Zukunft. Ihr viel beschworener Wert liegt in etwas anderem: Der Blick in die Vergangenheit kann dabei helfen, die Entstehung der Gegenwart, das Gewordensein ihrer Herausforderungen und Konflikte zu begreifen. Er ist eine Bedingung der Möglichkeit, Ursachen und Hintergründe zu erkennen, die der hektischen Aufmerksamkeitsökonomie der sozialen Medien und des politischen Alltagsgeschäfts entgehen. Das ist wiederum eine der Voraussetzungen dafür, Lösungen zu finden, die sich sowohl den überlebten Konzepten der Vergangenheit als auch der Kurzatmigkeit von Wahlkampfreden entziehen.

Genau das ist das Ziel dieses Essays: In ihm werden keine Vorschläge und Pläne entwickelt. Vielleicht kann er aber dabei helfen, die Krise des Parteiensystems und den Aufstieg des Populismus zu verstehen und historisch einzuordnen. Es wird gezeigt, dass diese Krise Ausdruck langfristiger Entwicklungen ist, denen nur ebenso begegnet werden kann: mit längerfristigen Prozessen, die nicht in der unmittelbaren Tages- und Kampagnenpolitik aufgehen.

Im ersten Kapitel (»Populismus und Faschismus«) wird zunächst dargestellt, warum der Begriff des Faschismus trotz der Anziehungskraft, die der Populismus teilweise auf Neonazis ausübt, ungeeignet ist, dieses Phänomen zu fassen. Daran anschließend wird in drei Kapiteln dem Aufstieg populistischer Parteien, Bewegungen und Politiker in drei exemplarischen

Ländern nachgegangen: den Vereinigten Staaten von Amerika, der Führungsmacht des Westens (»Donald Trump und der amerikanische Traum«), der Bundesrepublik Deutschland (»Hartz IV und das Ende des Sozialstaats«) und Polen, das Parsons Toto für viele Länder des mittleren und östlichen Europa steht (»Polen und die Rückkehr der Zwischenlage«).

Diesen Kapiteln liegt die Beobachtung zugrunde, dass sich die nationalen Populismen zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. Die Differenzen, so die These, gehen nicht nur auf unterschiedliche Parteiensysteme, soziale Verhältnisse und wirtschaftliche Entwicklungen zurück, sondern auch auf verschiedene nationale Traditionen, Erfahrungen, Gedächtnisse. Sie werden mit einer weiten historischen Ausholbewegung freigelegt, die mitunter bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht.

Nach den unterschiedlichen nationalen Bedingungen wird im letzten Kapitel schließlich nach den Verbindungen zwischen den populistischen Aufstiegsgeschichten gefragt. Denn die Tatsache, dass der Populismus in so vielen Ländern erfolgreich ist, deutet, wie der Historiker Philipp Ther völlig zu Recht schreibt, »darauf hin, dass es in Ost und West neben jeweils spezifischen auch gemeinsame Ursachen geben muss«.¹²

Mit der Betrachtung dieser übergreifenden Motive wird zugleich Einspruch gegen die falschen Analogien, Bilder und Metaphern erhoben, mit denen der Populismus so oft in die Nähe von Faschismus und Nationalsozialismus gerückt wird. Obwohl sie mit dem besten politisch-moralischen Gewissen formuliert werden, haben sie teilweise geschichtsrevisionistische Züge angenommen. Als der ZDF-Politclown Jan Böhmermann, der manchen als »Deutschlands einflussreichster Meinungsmacher« gilt,¹³ die Wahl des FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten 2020 als »Zivilisationsbruch« bezeichnete, weil

¹² Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation, Berlin 2019, S. 14.

¹³ GQ: Jan Böhmermann ist Deutschlands einflussreichster Meinungsmacher, in: GQ vom 10. Februar 2016, URL: gq-magazin.de, zuletzt aufgerufen am 28. Juli 2024.

sie mit Stimmen der AfD erfolgte,¹⁴ entglitten ihm nicht nur die Begriffe. Er verharmloste zugleich den Holocaust, für den der Historiker Dan Diner diesen Begriff entwickelt hat.¹⁵ Etwas Ähnliches gilt für viele Reaktionen auf das Treffen von AfD-Politikern mit »Identitären« und einigen Unternehmern Ende 2023 in Potsdam. Die zweifellos mehr als fragwürdigen Abschiebepläne, die dort diskutiert wurden, wurden selbst in der Tagesschau in die Nähe der Wannseekonferenz gerückt.¹⁶ Dort war 1942 die ausnahmslose Vernichtung der europäischen Juden koordiniert worden. Auch durch diesen Vergleich wurde ganz unfreiwillig der Holocaust relativiert. Was besonders geschichtsbewusst daherkommt, ist bisweilen Ausdruck des Gegenteils, des Verlusts historischer Urteilskraft und politischer Unterscheidungsfähigkeit. Sie zu verteidigen, wäre oberstes Gebot.

¹⁴ Vgl. Marvin Ziegele: Wahl-Überraschung in Thüringen. Erste Reaktionen zum Sieg von FDP-Mann Kemmerich, in: Frankfurter Rundschau vom 5. Februar 2020.

¹⁵ Dan Diner (Hg.): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt am Main 1988.

¹⁶ Ingo Neumeyer: Geheimtreffen mit Rechtsextremisten: Wo steht die AfD?, in: Tagesschau vom 11. Januar 2024, URL: [tagesschau.de](#), zuletzt aufgerufen am 28. Juli 2024.